

me ich hiermit, daß im Falle der Zurückweisung von zur Ausgangsfertigung oder Abfertigung auf Niederlage vorgeführten Mineralölkräutern die betreffende Zollstelle, wenn sämtliche zu einem Vormerksschein gehörigen Fässer zurückgewiesen werden, den Vormerksschein einzuziehen, anderen Falles aber die Zahl der zurückgewiesenen Fässer auf dem Scheine zu vermerken hat und zwar mit der Wirkung, daß hiermit der aus dem Vormerksschein herrührende zollrechtliche Anspruch gänzlich bezw. für eine der zurückgewiesenen Stückzahl entsprechende Anzahl von Fässern erlischt.

Erlaß des kgl. Preuß. Fin. Minist.

d. d. Berlin, den 16. Januar 1892. III 513

Auf Euer Hochwohlgeboren Bericht vom 9. d. Mts., 317, dessen Anlagen hierbei zurückfolgen, trete ich der Auffassung der Großherzoglich Mecklenburgischen Steuer- und Zollverwaltung in deren Schreiben vom 6. d. Mts. dahin bei, daß gleichwie die Genehmigung zur zollfreien Einfuhr von Ausstattungsgegenständen der aus Veranlassung ihrer Verheirathung im Inlande sich niederlassenden Ausländer von der Direktivbehörde des Bestimmungsortes erteilt wird, ebenso auch über die Zollfreiheit von Ausstattungsgegenständen im Auslande wohnhafter und aus Anlaß ihrer Verheirathung in das Inland überfiedelnder Ausländer von der obersten Landesfinanzbehörde des Bestimmungsortes zu befinden ist. Für die Uebertragung der Entscheidung an die Behörde des Bestimmungsortes spricht in beiden Fällen gleichmäßig die Rücksicht, daß diese im Allgemeinen die Verhältnisse besser wird beurtheilen können, als die Behörde des Abfertigungsortes, wo vielleicht beide Ehegatten ganz unbekannt sind. Die entgegengesetzte Annahme würde dahin führen, daß, wenn die Ausstattungsgegenstände über verschiedene Aemter eingehen, über die Frage der Zollbefreiung möglicherweise von verschiedenen obersten Landesfinanzbehörden zu entscheiden sein dürfte und diese sogar abweichende Entscheidungen treffen könnten. Daß eine möglichst gleichmäßige Behandlung beider Fälle auch in der Absicht des Bundesrathes gelegen hat, wird durch den Wortlaut seines Beschlusses vom 3. Mai 1888, § 279 der Protokolle, bestätigt, indem die obersten Landesfinanzbehörden dadurch ermächtigt werden, aus Billigkeitsrücksichten im Sinne der Ziffer 2 des § 5 des Zolltarifgesetzes Zollfreiheit für Ausstattungsgegenstände solcher Ausländer zu bewilligen, welche ihren dauernden Aufenthalt im Auslande genommen haben.

Ludwigshafen a. Rh., 3. Februar. Behufs Abänderung des Entwurfs von Ausführungsbestimmungen zu den am 1. Februar in Kraft getretenen neuen Weinzöllen hat die pfälzische Handels- und Gewerbekammer an den Bundesrath eine Eingabe gerichtet und darin gebeten: 1) Um die Wein- und Mostsendungen aus dem Auslande möglichst wenig durch die vorgeschriebene Untersuchung auf ihren Alkohol- bezw. Fruchtzuckergehalt aufzuhalten, möge gestattet werden, daß an den Ursprung- bezw. Verladungsorten der ausländischen Weine und Moste denselben unter amtlicher Aufsicht kleine Proben entnommen und per Post auf dem schnellsten Wege an die zuständige Untersuchungsstelle vorausgeschickt werden dürfen. 2) Das Verschneiden der Weine und Moste möge nicht nur an den damit beauftragten Zoll- und Steuer-

stellen, sondern auch in der Behausung des Interessenten i amtlicher Kontrolle vorgenommen werden dürfen. 3) Die stimmungen über die Zulassung der inländischen Weine zum Verschneiden mögen auch auf die inländischen Korn Anwendung finden, d. h. es mögen auch Rotweine ohne weiteres zum Verschneiden zugelassen werden, also ohne Ursprungszeugniß und ohne die Bescheinigung, daß die nicht bereits einmal verschnitten sind.

### Zuckersteuer.

#### Die Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetz vom 31. Mai 1891.

Dem in den nächsten Tagen zur Verendung gelangenden Januarhefte der Vereinszeitschrift entnehmen wir aus dem Berichte über die am 15. vor. Mts. stattgehabte Sitzung des Ausschusses für die Rübenzuckerindustrie des Deutschen Reiches Folgendes:

Bezüglich der Ausführungsvorschriften zu dem neuen Zuckersteuergesetz vom 31. Mai 1891 haben bei einer Anzahl von Vereinsfabriken seitens der Steuerbehörden Rückfragen und Ermittlungen stattgefunden.

Soviel sich übersehen läßt, geschah dies nicht etwa auf Grund der bereits fertiggestellten Vorschriften; vielmehr läßt sich annehmen, daß zunächst über einen vorläufigen Entwurf die gutachtlichen Äußerungen der Direktiv- und Bezirksbehörden eingefordert sind, und daß nach Eingang dieser Gutachten über einen danach ausgearbeiteten Entwurf Verhandlungen mit Delegirten der Industrie stattfinden werden. Der Ausschuß hielt es für geboten, über die wichtigen Bestimmungen im §. 30 und 31 des Gesetzes eine Vorbesprechung zu halten. Als Ergebnis derselben stellte sich heraus:

in Ansehung der Rübenverwiegung, daß für die Ermittlung der Rübenmenge den Fabrikhabern möglichst freie Hand bleibe, sowie daß die Steuerbehörde sich mit den Anschreibungen begnüge, welche der Fabrikhaber ohnehin zur eigenen Ueberwachung des Betriebs bewirkt;

in Ansehung der Ermittlung der Halbfabrikate, daß in erster Linie auf eine, im Interesse der Steuerbehörde zu vollziehende Verwiegung der Zuckermassen verzichtet werde, und, wenn dies etwa nicht zu erreichen sei, wenigstens Anträge auf ausnahmsweise Behandlung zugelassen werden, insoweit sie durch die Betriebsweise erforderlich sind; ferner daß nicht tägliche, sondern wöchentliche Anschreibungen vorgehen werden;

in Ansehung der Verwiegung des Zuckers im Anschluß an die Ausschleuderung, daß in Anbetracht der Unmöglichkeit der wortgetreuen Ausführung dieser Vorschrift und mit Rücksicht auf das sehr verschiedene Verfahren bei den Fabriken dahin gestrebt werden müsse, möglichst lange Zwischenzeit zwischen der Entnahme aus den Centrifugen und dem Verwiegen zu bestimmen.

Schließlich erwählte der Ausschuß eine Kommission von sechs Mitgliedern, welche im Verein mit dem Direktorium die Ausführungsvorschriften einer Berathung unterziehen sollten, sobald der endgültige Entwurf von der Reichsregierung mitgetheilt sei. Gewählt wurden die Herrn Reimann, Coste, Stene, Wagener-Straußfurth, Stengel und v. Arnim.

## Entziehung der Abgaben.

Ist die Prolongation eines Börsen-Kaufgeschäfts nicht durch vereinbarte Verschiebung der Erfüllung des bestehenden Geschäfts, sondern durch Vornahme zweier, allerdings durch einen Entschluß bethätigten und mit einander verbundenen Geschäfte, nämlich eines Verkaufs der abzunehmenden Wertpapiere und eines Wiederkaufs derselben auf Zeit, erfolgt, so liegt, nach

einem Urtheil des Reichsgerichts, IV. Civilsenats, vom 30. November 1891, ein eigentliches Reportgeschäft vor, und es ist im Sinne der Nr. 4 A des Tarifs zum Reichs-Stempelgesetz vom 29. Mai 1885 als ein zweifaches Anschaffungs-geschäft zu versteuern.